

FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e. V.

22.3.1992 – 22.3.2012

Der Vorstand

Postverbindung:

Ruschestr. 103 (Haus I)
10365 Berlin
Tel./Fax: 030-55155986

Vereinsregister:

AG Leipzig, VR 1748

Bankverbindung:

Kto.: DE 80810532720033005750
Stadtsparkasse Magdeburg
Internet: www.ddr-diktatur.de

Berlin, im Juni 2014

R u n d b r i e f an die Mitglieder des FORUMs zur Aufklärung und Erneuerung:

Der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Berlins stellt mit dem 25sten Jahr der Wiederkehr des Sturzes der SED-Herrschaft die Förderung unseres Vereins ein

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

das Jubiläumsjahr der 25sten Wiederkehr der friedlichen Revolution in DDR wurde für uns durch einen bis dahin unvorstellbaren Akt von Willkür und Ehrabschneidung eingeleitet.

Ausgerechnet das Jahr 2014 mit dem herausragenden Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte erschien dem Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (LStU), Herr Martin Gutzeit, 1992 Mitgründer des FORUMs, als besonders geeignet, dem Verein die mit rd. 6.200,00 EUR beantragte Förderung zu versagen.

Zum Vergleich: Im Tätigkeitsbericht 2013 des Berliner Landesbeauftragten, Ds 17/1616, werden Fördermittel von insgesamt 761.000,00 EUR für Verbände/Initiativen ausgewiesen, d. h., die 6 200 EUR, ein Bruchteil der Gesamtmittel, sind als Argument einer gebotenen sparsamen Haushaltswirtschaft nicht besonders geeignet.

Nach 3monatigem Verweilen unseres Antrags in der Behörde fiel am 9.1.2014 die Entscheidung: Dem Antrag ist zu entsprechen durch eine Zuwendung in Höhe von 0,00 EUR.

Das 22jährige ausschließlich ehrenamtliche Wirken eines Vereins bei der juristischen, historischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Diktatur wurde auf schon perfide Weise für null und nichtig erklärt. Die jahrelange Betreuung und Begleitung von Opfern politischer/wirtschaftspolitischer Verfolgung in Rehabilitierungsverfahren, die Klärung von Schicksalen unter ungeklärten Umständen in der SBZ/DDR Verstorbenen/Verschollener und die das Wesen der DDR-Diktatur herausstellenden Publikationen, in dieser Weise zu schmähen, dürfte ein einmaliger Vorgang in der Aufarbeitung der jüngsten Diktatur auf deutschem Boden sein.

Mit dieser erniedrigenden Entscheidung wurde der Verein in die Zahlungsunfähigkeit gestürzt. Als übergreifendes Argument wurde ins Feld geführt, dass "ein besonderes Interesse des Landes Berlin an der Finanzierung des Projektes" nicht gegeben sei. Die Vertretung von Verfolgungsoffern bzw. die Klärung von Schicksalen Verstorbenen/ Verschollener wurde zu einer aus Vereinsmitteln zu tragenden Sache erklärt. Dass Herrn Gutzeit die finanzielle Situation der Verbände/Initiativen sehr wohl bekannt ist, aber zweierlei Maß anlegt, zeigt der Tätigkeitsbericht 2013:

"In erster Linie wurden finanzielle Unterstützungen von seit vielen Jahren in der Opferberatung und -betreuung tätigen Verbänden beantragt, deren Arbeit in der Regel ohne Zuwendungsgewährung durch den Landesbeauftragten nicht oder nur unzureichend durchführbar wäre."

Amtspflichten oder eine sich aus 20jähriger Zusammenarbeit herleitende Selbstverständlichkeit, die Bedenken zu dem seit Oktober 2013 vorliegenden Projektantrag zu äußern, wurden nicht gesehen. Und ein beratendes Gespräch wurde nie erwogen. Erst wiederholte Anfragen zum Bearbeitungsstand des Projektantrags führten dazu, dass am 30. Dezember 2013 ein Gespräch für den 8. Januar 2014 per E-Mail angeboten wurde.

Gesprächsinhalte und -atmosphäre ließen erkennen, dass nur noch der Formwahrung entsprochen wurde, aber eine unumkehrbare Entscheidung bereits getroffen war. Massive Vorwürfe, die der Entscheidung des Landesbeauftragten den Anschein von verantwortungsvollem Handeln verleihen sollten, galten der Vertretung von Opfern aus dem Land Brandenburg. Besonders schwerwiegend stand für den Landesbeauftragten der Ungehorsam im Raum, dass wir aktuell in einem weiteren Fall, für uns ein unabweisbarer Fall wegen drohenden Rechtsverlusts (!), die (Mit)Vertretung eines seit Jahren mit dem Innenministerium Brandenburgs um die berufliche Rehabilitierung ringenden politisch Verfolgten aus Lübbenau übernommen hatten. Nicht weniger schwerwiegend die Tatsache, dass wir bei nur geringen Erfolgsaussichten die Schicksale in der SBZ/DDR Verstorbenen/Verschollener aufzuklären suchen.

Ein Versuch, dem Landesbeauftragten die Tragweite seiner Entscheidung aufzuzeigen, prallte ab. Es berührte ihn auch nicht, dass die Verwahrung der letzten fünfundfünfzig Wertgegenstände aus dem DDR-Nachlass (Asservate aus MfS-Ermittlungsverfahren/Beschlagnahmen), unwiederbringliche Zeitzeugnisse, nicht mehr sichergestellt ist und deren Verwertung droht. Noch 2002 haben wir in einer gemeinsamen Präsentation diese Sachzeugnisse der Öffentlichkeit vorgestellt und deutschlandweite Aufmerksamkeit erregt. Sich jetzt, wenn auch 12 Jahre später, in dieser Weise der Verantwortung zu entziehen, darf wohl als partielle Absage an die historische Aufarbeitung verstanden werden.

Das durch uns am 11.1.2014 angerufene Verwaltungsgericht Berlin (VG), Az.: VG 26 L 43.14, hat in seiner Entscheidung vom 11.4.2014 die Entscheidungsgründe des Stasi-Landesbeauftragten bestätigt. Allerdings wurde wegen irreführender Rechtsmittelbelehrung, so ein Hinweis des VG, für die Anfechtung des Bescheides vom 9.1.2014 eine Jahresfrist zuerkannt, die bei gegebener Finanzlage, dem zerstörten Vertrauensverhältnis und des zu erwartenden zeitlichen Verlaufs keine Lösung bietet. Erdrückend die Tatsache, dass es Herrn Gutzeit nach 20jähriger Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur trotz haushaltsrechtlicher Bedenken nicht geboten erschien, bei der Klärung von Schicksalen unter ungeklärten Umständen in der SBZ/DDR Verstorbenen/Verschollener eine gemeinsame Verantwortung zu suchen, und zwar ohne Bindung an einen Erfolg, was immer damit gemeint sein mag, zu suchen.

Wir durften erleben, dass unser Widerspruch zum Projekt "Museum des Kalten Krieges" und die alternative Empfehlung zur Integration des Themas im Alliierten-Museum sowie das Beharren auf die (Teil)Umbenennung der Zimmerstraße in Peter-Fechner-Straße, eine im Tätigkeitsbericht 2013 nicht erwähnenswerte Initiative unsererseits in der LStU-Verbänderunde, auf den Unwillen in den Berliner Gremien stießen. Offensichtlich haben wir ideologische Grundwerte nicht zu erkennen vermocht, Tabus missachtet und somit die "finanzielle Austrocknung" verdient.

Anlässlich des LStU-Kongresses vom 25.-27.4.2014 in Dresden wurden die Kongressteilnehmer durch unser Vorstandsmitglied, Frau Christiane Gumpert, über diese wohl für alle unglaubliche Eskalation in den gegenseitigen Beziehungen informiert.

Liebe Mitstreiterinnen, liebe Mitstreiter, wir bitten Sie um Verständnis, dass wir die ehrverletzenden Übergriffe nicht unwidersprochen hinnehmen konnten.

Gleichzeitig danken wir für die jahrelange Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur und bitten die Weiterführung unserer Arbeit, insbesondere die Präsentation im Internet über die Homepage "www.ddr-diktatur.de" durch Ihre Beitragszahlung/Spende zu unterstützen.

gez.
Reinhard Dobrinski

gez.
Carola Winkler